
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: SCHUTZSTATUS DES WOLFS MUSS HERABGESTUFT WERDEN

27.06.2024

- **Aufnahme ins Jagdrecht ist nur der erste Schritt**
- **Fachleute bestätigen Position der Freien Demokraten**
- **Steigende Population bereitet Menschen Sorgen**

Wiebke Knell, Fraktionsvorsitzende und jagdpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht als wichtigen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. „Mit der Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht wird eine langjährige Forderung von uns Freien Demokraten umgesetzt. Die Landesregierung hat sich dem lange widersetzt und so unnötig Zeit verspielt. Der jetzt anstehende Schritt schafft die Grundlage für einen sachgerechten Umgang mit dem Wolf und zeigt, dass die Menschen im ländlichen Raum mit ihren Sorgen vor dem Wolf nicht alleingelassen werden. Jetzt müssen aber auch weitere Schritte folgen“, erklärt Knell anlässlich der heutigen Fachleute-Anhörung zum Jagdgesetz im Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Landtags. „Ich bin froh, dass viele Fachleute uns mit ihren Aussagen in diesem Kurs bestätigt haben.“

Knell ergänzt: „Mit der Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht wird aber noch nicht geregelt, dass Wölfe auch bejagt werden dürfen, denn sie sind nach wie vor durch Bundes- und EU-Recht stark geschützt. Wenn die Landesregierung es ernst meint mit ihrer Wolfspolitik, dann macht sie sich gemeinsam mit uns Freien Demokraten auf Bundesebene dafür stark, dass der Schutzstatus des Wolfs herabgestuft wird. Das funktioniert nur, wenn die Politik auf allem Ebenen - Land, Bund und EU - an einem Strang zieht.“

Knell erneuert in diesem Zusammenhang ihre Warnung vor einer Romantisierung des Wolfs: „Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass die Wolfspopulation steigt, Nutztiere gerissen werden und die Menschen Angst vor Wolfsangriffen haben. Eine

reguläre Jagd auf den Wolf muss möglich sein."

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de